



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, den 17. Februar 1884.

Nr. 81.

Deutschland.

Berlin, 16. Februar. Die „Kölnische Ztg.“ schreibt: Zu Anfang voriger Woche hatte der hiesige amerikanische Gesandte, Herr Sargent, unsern Auswärtigen Amt die Beschlüsse zugestellt, welche das Repräsentantenhaus der Vereinigten in Washington zu Ehren des verstorbenen Abgeordneten Laster angenommen hatte. Der Herr Reichskanzler hat jedoch, statt, wie jedenfalls erwartet worden, diese Beschlüsse dem deutschen Reichstage zu übermitteln, sie an den Gesandten v. Eschdacher mit dem Auftrage zurückzugeben lassen, sie dem Washingtoner Auswärtigen Amt zur Rückgabe an das dortige Repräsentantenhaus auszuhandeln. Der Abgeordnete Laster, so soll die Begründung lauten, habe hier durchaus nicht eine so hohe Stellung eingenommen, daß ein derartiges ihn auszeichnendes Dazwischentreten des Reichskanzlers angezeigt erscheine.

— Vor was Deutschland zittert? Das erfahren wir aus einer Broschüre, die unter dem Titel *L'armée française en 1874 et le General Gallifet* jedoch in Antwerpen erschienen ist, und die auf Inspiration dieses Generals zurückgeführt wird. Deutschland zittert, wie uns das Schlusswort belehrt, in ängstlicher Spannung, ob General Gallifet seine Stellung behalten wird, und es würde vor Freude zittern, an dem Tage, „wo eine Politik des Mißtrauens und des Parteigegens die französische Armee entkoppelt, d. h. den General Gallifet in Disposition versetzen würde. Die Kräfte, die der General in Zukunft gewinnen wird, werden schon im vorabnehmenden Geiste gefeiert und ihm eine entscheidende Rolle in den Schlachten der Zukunft zugeschrieben. Wie der General aussieht, wird wie folgt ausgedrückt:

Körperlich ist der Wuchs unter Mittelgröße, der General ist schmal, von eleganter Haltung, distinguirten Zügen mit feinem Feinern, als Herzengänger gedrehten Schnurrbart — eine französische Physiognomie, eine wesentlich französische Physiognomie. Trüge er einen Helm und hätte er eine Rüstung an, so würde man ihn für einen jener hohen Blicken und stolzer Haltung nehmen, die im 13. Jahrhundert im Gefolge des großen Königs Philipp August gegen die Deutschen trugen, wie man ihnen noch auf alten Steinen und auf den Glasfenstern alter Kathedralen begegnet.

— Aus Straßburg, 14. Februar, wird geschrieben:

Die in Ihrer gestrigen Morgen-Ausgabe machte Mittheilung, daß der Coadjutor der Straßburger Diözese, Bischof Dr. Stumpf mittelst hirtensammlischen Erlasses der gesammten Geistlichkeit seiner Diözese auf das Bestimmteste unterjagt habe, trotz einer Veröffentlichung, welche Sachen des Glaubens, der Moral oder der geistlichen Disziplin direkt oder indirekt betreffen, vorzunehmen, die nicht zuvor durch das Ordinariat geprüft und genehmigt worden sei, bedarf zum Verständnis für weitere Kreise einer Erklärung, um so mehr als die Entlassungsgeschichte dieses auffallenden Erlasses ganz interessant ist. Wie auch in der deutschen Presse bekannt geworden, hatte ein schon früherer Hülfsparter, Herr Walther in der Diözese von Molsheim im Unterjag, Jahr und Tag mit großer Beharrlichkeit in Form von Petitionen an die reichsländische Regierung und den Landesauschuß und durch Zeitungsartikel für Erhöhung der Pfarrerbefoldungen agitirt. Dies paßte den geistlichen Vorgesetzten des hiesigen Pfarrers sehr wenig; einmal weil sie die Befoldung und namentlich auch die Befoldungserhöhung für die Pfarrer nicht von dem Willen der Regierung und des Landesauschusses, sondern von dem des Bischofs abhängig machen wollten, dann aber auch, weil der petitionirende Pfarrer nicht den geistlichen Instanzenweg eingeschlagen hatte, und schließlich weil er zu seinen Veröffentlichungen in der Presse über die unzureichende Befoldung der älteren Hülfsparter nicht ein literales christliches Blatt, sondern die liberale „Straßburger Post“ benutzte. Trotzdem die Walther'schen Petitionen vom Landesauschuß beharrlich ignort wurden, schienen sie doch einen Erfolg zu haben, denn die Regierung fand sich bewogen, dem Landesauschuß für die gegenwärtige Session eine Vorlage zu machen, nach welcher die Etateposition „Befoldung der katholischen Geistlichkeit“ von 1,566,960 M. auf 1,695,240 M., also um 128,280 M. erhöht werden sollte. Der Landesauschuß verwies diese Vorlage an eine Kommission (in welcher der Pfarrer Winterer thätig war), die sich bereits im vorigen Jahre gegen die Erhöhung der

Pfarrerbefoldung nach dem Ermessen der Regierung, also im Sinne des Bischofs, ausgesprochen hatte. In der am 8. d. Mts. stattgefundenen zweiten Sitzung der Vorlage im Landesauschuß erstattete diese Kommission Bericht an das Plenum, nach welchem der Vorschlag der Regierung: Umwandlung von 35 Hülfsparterien in Pfarreien, abzulehnen sei, da diese Maßregel einem dringenden Bedürfnisse nicht entspreche, und die weiter vorgeschlagene Aufbesserung der Pfarrgehälter in der angegebenen Summe zu acceptiren sei, mit der Bedingung jedoch, daß die Gehaltserhöhungen einer seitens der Regierung nach Benehmen mit den Bischöfen auf Grund der Bedürfnisfrage zu treffenden Regelung zu überlassen seien. Mit anderen Worten: die katholische Kirchenbehörde hat die Erhöhung der Befoldung ihrer Geistlichen aus dem Landesfiscal gnädigst acceptirt, die Verwendung der Gelder jedoch für sich beansprucht. Der Landesauschuß nahm den Beschlüssen der Kommission an.

— In unterrichteten Kreisen wird, wie die fortschrittliche „Corr.“ berichtet, der Rückkehr des Reichskanzlers im Laufe der nächsten Woche entgegengeesehen. Es kann mit Bestimmtheit erwartet werden, daß Zerstern am dem Fortgange der Landtagsarbeiten regen Antheil nehmen wird. Der Kanzler beabsichtigt selbst an der zweiten Lesung der Kommissionsarbeiten über die Einkommen- und Kapitalrenten-Steuer theilzunehmen. Fürst Bismarck hat sich in den Kommissionszimmern des Abgeordnetenhauses seit nahezu einem Jahrzehnt nicht sehen lassen. Jedenfalls soll der Reichskanzler — wohl nur in Anbetracht der bevorstehenden Reichstagswahl — beabsichtigen, die Steuererhöhung, das Kommunalsteuer-Gesetz, das Beamtenbefoldungs- und das Schuldotations-Gesetz selbst zu vertreten. Das Kommunalsteuer-Gesetz dürfte heute Abend in Druck gegeben werden und der Einbringung der beiden Dotationsgesetze wird in den ersten Tagen der nächsten Woche entgegengeesehen.

— Wie wir berichteten, ist der Steckbrief gegen den Kardinal Ledochowski, welcher vor etwa 7 Jahren erlassen und zuletzt im Jahre 1879 erneuert wurde, wiederum erneuert worden. Der „Kur. post.“ war höchst sofort angebracht hierüber und heute erklärt er, wie ein Telegramm aus Posen meldet, der Zwischenfall werde vom Zentrum und den Polen bei der dritten Lesung des Etats im Abgeordnetenhause zur Sprache gebracht werden. — Die Erneuerung eines nicht erledigten Steckbriefes ist ein regelmäßig erfolgender Vorgang; als bemerkenswert kann man höchstens betrachten, daß in der Angelegenheit des Grafen Ledochowski keine Ausnahme gemacht worden ist.

— Auch der Kronprinz Rudolf von Oesterreich-Ungarn wird eine politische Rundreise von Wichtigkeit unternehmen. Wie aus Wien berichtet wird, unternimmt das österreichische Kronprinzenpaar eine Reise nach dem Orient. Zuerst besucht dasselbe Konstantinopel; die Fahrt erfolgt direkt von Wien dahin. Nach mehrtägigem Aufenthalt dort fährt das Kronprinzenpaar über Bursa nach Budaress, sodann nach Linnjevenin, hernach durch das eiserne Thor zu Schiff nach Belgrad, von wo nach mehrtägigem Verweilen die Rückreise nach Wien stattfindet. Im Gefolge des Kronprinzenpaares wird sich dessen großer Hofstaat befinden. Obgleich die Reise offiziell als Vergnügungstour bezeichnet wird, liegt es doch auf der Hand, daß die Besuche des Kronprinzenpaares bei dem Sultan und sodann bei dem rumänischen Königspar und am serbischen Hofe der politischen Bedeutung nicht entbehren und in diesem Sinne auch allseitige Beachtung finden werden.

— Die Gerüchte, nach welchen die Verlobung des Großfürsten Sergei von Rußland mit der Prinzessin Elisabeth von Hessen — bekanntlich einer Nichte unserer Kronprinzessin — auf konfessionelle Schwierigkeiten gestoßen sein sollte, sind vollkommene Unbegreiflichkeiten. Wie man aus Petersburg schreibt, ist von russischer Seite das Thema von einem Uebertritt der Braut zur griechisch-orthodoxen Kirche gar nicht einmal berührt, noch viel weniger aber dieser Uebertritt verlangt worden. Es waren andere Gründe internen Art, welche die Veröffentlichung der Verlobung (beim in Geheimen vollzogen ist dieselbe bereits vor fast zwei Monaten) nicht vor Ende dieses Monats würdigenwerth erscheinen ließen. In der zweiten Hälfte des Februar geht Großfürst Sergei nach Darmstadt, und findet dann daselbst die öffentliche Verlobungsfeier statt.

— Die französische Arbeiterbewegung, welche in Verbindung mit der herrschenden wirtschaftlichen Krise zur Einsetzung einer parlamentarischen Enquetekom-

mission geführt hat, gewinnt nach den jüngsten Meldungen an Ausdehnung. So wird aus dem Arbeiterdistrikte Cateau im Nord-Departement der offiziellen „Agence Havas“ mitgetheilt, daß sich daselbst von Neuem Bestrebungen zur Organisation eines großen Strike geltend machen. Der Gemeinderath von Cateau hat, wie weiter mitgetheilt wird, mit Rücksicht darauf, daß der erwähnte Ort demnächst seine Garnison verlieren sollte, folgenden Beschluß gefaßt, der für die öffentliche Sicherheit das Schlimmste befürchten läßt:

„Im Hinblick auf die Unmöglichkeit für den Maire von Cateau, die Ordnung aufrecht zu erhalten und für das Leben der Einwohner, sowie für die Sicherheit ihres Besitzes ohne eine imposante Militärmacht ihre Bürgerschaft zu übernehmen, im Hinblick ferner auf die Schwierigkeiten des Verkehrs mit den benachbarten militärischen Zentren, ertheilt der Municipalrath einstimmig dem Maire unumschränkte Vollmacht, sich mit der Regierung ins Einvernehmen zu setzen, damit die gegenwärtig in Cateau in Garnison befindliche Schwadron erhalten bleibe und die nächsten Bedingungen mit den Militärbehörden geordnet werden.“

Der Pariser „Intransigent“, welcher das Recht des Strike als ein unbestreitbares bezeichnet, ist durch den mitgetheilten Beschluß in große Aufregung versetzt worden, welcher er bezeichnender Ausdruck giebt. „Wie notwendig es wäre,“ ruft er ironisch aus, „die Regierung zur Repression aufzufordern!“ Letztere wird inzwischen durch die finanziellen Schwierigkeiten nicht minder, als durch die wirtschaftliche Krise in Anspruch genommen. Hierüber meldet man aus Paris, den 15. d.:

Sowohl der Finanzminister als auch der Konfessionspräsident haben in der gestrigen Sitzung der Budgetkommission Veranlassung genommen, sich gegen die Opportunität des Beschlusses des Steuerreform-Ausschusses bezüglich der Besteuerung der Renten auszusprechen, und erklären, daß sie überhaupt jede Einführung neuer Steuern unter den gegenwärtigen Umständen bekämpfen würden. — Die Kommission zur Untersuchung des Nothstandes der Arbeiter hörte heute die Delegationen der Pariser Zimmerleute, welche angab, daß von 5000 Zimmerleuten 3500 augenblicklich ohne Beschäftigung seien. Der Delegirte beklagte besonders die Anwendung von Maschinen, welche den Arbeitern Beschäftigung entzögen, und verlangte, daß diese Maschinen stark besteuert würden. Auch die Einführung des fertigen Gebälles aus Deutschland bezeichnete der Delegirte als einen Grund des Nothstandes.

— Nach der „Post“ wird Deutschland die Souveränität Spaniens über die Sulunseln (in der Nähe der Insel Borneo) in Kurzem anerkennen und so einen Schritt thun, dem andere Mächte ebenfalls folgen dürften.

— Vorgestern und gestern wurde im englischen Unterhause die wärend des Mittwochs unterbrochene Debatte über die ägyptische Frage, resp. das Adelsvotum gegen die Regierung wieder aufgenommen. Es kam namentlich auch die finanzielle Seite der jetzt eingeleiteten Maßregeln zur Sprache; nach Gladstone's Meinung hat England die Kosten zu tragen. Das Ende der Debatte ist erst am Montag zu erwarten. Inzwischen ist wieder eine Nachricht eingelaufen, welche darthut, daß die von der Regierung ergriffenen Maßregeln unter allen Umständen zu spät kommen, selbst wenn sie augenblicklich gut machen oder noch größeres Unheil verhüten dürften. Es ist nämlich namentlich auch Kassala, im Innern des östlichen Sudan gelegen, in die Hände der Rebellen gefallen. Ob die Garmison, den Ort geräumt und sich gerettet hat, oder ob auch sie sammt den Einwohnern niedergemetzelt wurde, ist noch nicht bekannt. Das ganze Land zwischen Nubien, Abartim, Suakim und Maffa sein. Die Stimmung in England ist denn auch nach wie vor dem Kabinete sehr ungünstig; man hebt hervor, daß Gladstone, auch wenn er den Sudan aufgegeben wissen wollte, dies doch bei Zeiten und in einer Weise hätte vorbereiten müssen, welche den massenhaften Verlust an Menschenleben und so blutige Szenen, wie die letzten Momente sie gebracht, unmöglich gemacht hätte. Man erklärt die Behauptung, daß England nicht von vornherein an Stelle des Khedive die Verantwortlichkeit übernommen habe und daß es auch jetzt nur für das, was im eigenen Lager, Egypten und am Gufate des rothen Meeres vorgehe, verantwortlich sei, für dialektische Ewigwiederkunft, denn nur Englands Macht sei es, welche den

Khedive auf dem Throne halte, und auf eigene Verantwortung, ohne ein ihm von Europa verliehenes Mandat sei Gladstone nach Egypten gegangen. Gegenüber der furchtbaren Wahrheit reiche selbst die glänzende Rhetorik Gladstone's nicht aus, wenn sie auch der Regierung, wie „Daily Telegraph“ sich ausdrückt, im Unterhause zu einem „Byrrhusstige“ verhelfen dürfte. Freilich verschweigt selbst ein Theil der bisherigen ägyptischen Politik der Regierung abgesehen von der Presse nicht, daß dieselbe ihren mächtigsten Bundesgenossen in der Unfähigkeit der Konservativen habe, welche nur zu kritisiren verstanden, aber auch nicht in allgemeinen Umrissen eine positive bessere Politik zu empfehlen wüßten. Stände, so meint z. B. die „Times“, heute noch Lord Beaconsfields an der Spitze der Konservativen, so wäre das Schicksal des Kabinetts bereits entschieden. Sie sagt damit nur, was Jedermann empfindet.

Ausland.

Ber., 13. Februar. (Post. Ztg.) Man will wissen, daß von hier aus sogleich nach der Bestimmung von Stettmachers Aufenthalt in Zürich die dortige Regierung die Befreiung erging, mit aller Energie den anarchischen Konspirationen nachzuspüren. Es mag dahingestellt sein, ob dies richtig ist oder nicht, jedenfalls hat die Zürcher Regierung in welchem Maße ihre Schuldigkeit gethan. Sie beschränkte sich nicht nur auf Hausdurchsuchungen in der Wohnung Stettmachers, sondern veranstaltete auch bei allen in Zürich weilenden Anarchisten, sowie bei denjenigen Personen Nachforschungen, die im Verdachte standen, mit Anarchisten irgendwelchen Verkehrs unterhalten zu haben. Selbst der frühere Reichstagsabgeordnete Motzeller, der als einer der schärfsten Gegner der Anarchisten bekannt ist, mußte sich eine Hausdurchsuchung gefallen lassen. Die Polizei hat bei den Hausdurchsuchungen die Statuten der Zürcher Sozial-Revolutionäre und viele Briefe Motz's konfisziert, überhaupt viel Material zu Tage gefördert. Es dürfte dazu ausreichen, die Schweizer Polizei in die Lage zu versetzen, den Anarchisten gegenüber gewaffnet zu sein. Sie wird die Bewegung nunmehr sorgfältiger als bisher beobachten können.

Wien, 13. Februar. Der interessanteste Theil des Berichtes des Ausschusses zur Vorbereitung der Regierungsvorlage über die Verordnung des Gesamt-Ministeriums vom 30. Januar 1884, betreffend die Ausnahmsbefreiung für den Gerichts-hofprengel Wien, Korneuburg und Wiener-Neustadt, ist der Auszug aus dem Erposé der Regierung. Derselbe lautet:

„Echon längst hat die ausländische sozial-revolutionäre Presse Hoff, Erbitterung und Leidenschaft unter der Arbeiterbevölkerung Oesterreichs zu erzeugen versucht.“

Als Johann Most im Herbst 1879 in London (gegenwärtig in Newyork) die Zeitschrift „Freiheit“, deren Verbreitung in Deutschland und Oesterreich-Ungarn mit allen Mitteln der List stattfindet, erschienen ließ und in derselben den Gedanken vertrat, daß die Arbeiter aller Länder nur durch gewaltthätige Zerstörung der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Zustände, nur durch Vernichtung des Privat-Eigentums und durch die Aufhebung aller Klassen- und Stände-Unterschiede eine Besserung ihrer Lage erlangen können, entwickelten sich auch innerhalb der österreichischen Arbeiter-Bevölkerung Tendenzen, welche einen nicht unbedeutenden Theil derselben nach und nach auf revolutionäre Bahnen zu drängen suchten.

Durch Brandschriften, welche in vielen Tausenden von Exemplaren als Flugblätter unter die Massen bei den verschiedensten Anlässen verbreitet worden sind, wurde nach und nach der Boden unterwühlt und unter dem Einflusse von Emiffären die geheime Klub-Organisation unter den Arbeitern vorgenommen. Im Jahre 1881 begann die „Freiheit“ und andere Parteizeitschriften dieser Partei die Arbeiter an das Studium der Chemie drängen zu machen und ihnen nahelegen, mit welchem Erfolge Dynamit im Kampfe gegen die Gesellschaft angewendet werden könne, und man möge die Welt vor Nord, Brand und Plünderung zurückführen. Diese kontinuierlichen Aufregungen zur offenen Gewalt trugen schon zu Ende des Jahres 1881 ihre Früchte.

Am 4. Dezember 1881 nämlich wurde im Gasthause „zum grünen Jäger“ in Wien der Polizeikommissär Kadler, als eine Versammlung, in welcher revolutionäre Reden gehalten wurden, aufgelöst, hauptsächlich angegriffen und schwer verwundet. Schon im Jahre 1882 zeigte das an dem Schuhmacher Merfallinger verübte Raubattentat, wie

